

13. Jahrgang, Nr. 4/2015

KAUFLEUTE DER MARIAHILFERSTRASSE



für
LANDSTRASSE

FAVORITENSTRASSE

MEIDLINGER HAUPTSTRASSE

und **REINDORFGASSE**





■ Umgebaute MAHÜ feierlich eröffnet

HOCHGEJUBELTE BRUCHLANDUNG

Vor wenigen Wochen, Anfang August, war das Werk endlich vollbracht. Die als Begegnungszone und Flaniermeile umgestaltete Mariahilfer Straße, das umstrittene Danaergeschenk der Wiener Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou an uns an- und aufsässige Kaufleute, wurde feierlich eröffnet. Das pompöse Ereignis hatte Volksfestcharakter. Und die Festredner schwelgten in den höchsten Tönen, als hätte man mit dieser letzten Steinlegung gleich der ganzen Welt einen Haxen ausgerissen. Da spielte es auch keine Rolle, dass der allerletzte Pflasterstein, der mit dem Vakuumsauger verlegt werden sollte, justament zu Boden fiel und zerbrach.

Wie wunderbar die Neugestaltung der wichtigsten Geschäftsstraße Wiens angeblich gelungen sei, war auch einer Festschrift zu entnehmen, die von der MA 18 (Referat für Öffentlichkeitsarbeit und Wissensmanagement) beige-steuert wurde. Das reich bebilderte und pro-

fessionell gestaltete Hochglanzmagazin mit vielen Beiträgen prominenter FUZO-Befürworter wurde großzügig unters Volk verteilt. Nicht nur einzeln pro Exemplar, sondern gleich paketweise. Jeder konnte so viele Mahü-Magazine haben wie er wollte. Da hatten es die Versammelten dann auch gleich schwarz auf weiß, welche Sternstunde sie eben miterleben durften.

„Überwiegend ist es Freude, wenn ich auf der Mariahilfer Straße unterwegs bin, wenn ich sehe, wie gut sie angenommen wird, weil das Projekt einfach gelungen ist. Die neue Mariahilfer Straße ist nicht nur schön, sondern auch eine 1,6 Kilometer lange Piazza, an der viele Menschen eine Freude haben, wo sie flanieren, die Stadt genießen und ihre Kinder einfach frei laufen lassen können ... Es ist ein Ort der Begegnung, der Erholung und wo man hinausgehen kann und das Leben im Freien genießen kann. Das ist für mich auch als Mensch bedeutsam. Das Lebensgefühl auf dieser Straße hat mich überzeugt, dass es jeden einzel-

nen Streit und jede Auseinandersetzung wert war ... Durch die intensive Debatte ist die Mariahilferstraße sehr bekannt geworden und jetzt pilgern alle hin, um sich die Umgestaltung anzuschauen. Wir stehen mit diesem Projekt am Beginn einer neuen Entwicklung. Davon bin ich überzeugt.“ Soviel über die Glücksgefühle der Maria Vassilakou, die vorher schon in einem Interview mit dem **Wiener Bezirksblatt** angekündigt hatte, dass sie mit dem Gedanken spiele, vielleicht auch noch eine Liliputbahn durch die neue Mahü fahren zu lassen. Sozusagen zur weiteren Verkehrsberuhigung in der Begegnungszone. Und die Kosten spielen ja ohnedies keine Rolle mehr, nachdem man stolze 25 Millionen schon verpulvert hat ...

„Unsere Vision nimmt Gestalt an,“ ließ **Markus Rumelhart** (SPÖ), der junge Bezirksvorsteher von Mariahilf, im Interview wissen. „Und uns gefällt der neue Boulevard. Kaum wurden die neuen Sitzbänke aufgestellt, sind sie auch schon in Beschlag genommen worden. Kaum noch Autolärm, Sitzmöbel zum Ausruhen, zusätzliche Beleuchtung und gratis WLAN. Das alles macht Lust auf die Mariahilfer Straße. Sie hat sich von einer sehr guten zu einer fantastischen Einkaufsstraße verwandelt. Der Erfolg muss nun in den Sechsten strahlen. Wir wollen die positive Entwicklung zum Leben und Arbeiten in den Bezirk

hineinbringen ... Mariahilf wächst, wird in den nächsten Jahren um Tausende Bewohnerinnen und Bewohner reicher und vielfältiger. Mehr Menschen werden auf engem Raum mit unterschiedlichen Bedürfnissen leben. Der Bezirk stellt sich diesen Herausforderungen. Wir werden die Lebensqualität auf höchstem Niveau nicht nur halten, sondern weiter steigern,“ verspricht der rote Bezirkshauptling. „Um Zufriedenheit bei den Bewohnerinnen und Bewohnern zu erreichen, müssen dafür viele Parameter berücksichtigt werden. Ein intelligentes Verkehrskonzept gehört ebenfalls dazu. Der Durchzug des Individualverkehrs ist im dicht besiedelten Gebiet einzudämmen, hingegen sollen Wohn-, Betriebs- und Arbeitsstätten erreichbar bleiben. Die neue Mariahilferstraße macht einen großen Schritt in die richtige Richtung...“

Die Euphorie der Bezirksvorsteher

Solchen Optimismus teilt auch Neubau-Bezirksvorsteher **Thomas Blimlinger**. Obwohl er manche Verkehrslösungen nicht allzu rosig beurteilt, ist er mit seiner neuen Umwelt völlig im Reinen. „Durch die Errichtung der Fußgängerzone konnte eine großflächige Freifläche entstehen. Die damit einhergehende Minimierung des Verkehrsaufkommens hat einen massiven Vorteil für Anrainerinnen und Anrainer, da es jetzt zu

weniger Lärm und Schadstoffbelastung kommt. Selbstverständlich gab es an der Umsetzung auch Kritik... Hier mussten Kompromisse geschlossen werden, was auch zulasten verschiedener Interessen gegangen ist. Teilweise war geäußerte Kritik nachvollziehbar, was zum Beispiel die Frage der Gestaltung betrifft. Über Geschmack lässt sich ja bekanntlich nicht

streiten. Teilweise war Kritik aber auch nicht nachvollziehbar: Es wurde von gewissen Interessengruppen ein Bild von einem Zusammenbruch der Wirtschaft rund um die Mariahilfer Straße gemalt. Dabei passiert bei autofreien Zonen bekanntlich das Gegenteil: Die Wirtschaft profitiert."

Hier irrt der grüne Bezirksvorsteher fundamental. Woher er diese Weisheit bezieht, bleibt unerfindlich. Alle namhaften Städteplaner dieser Welt sehen das ganz anders. Sie wissen aus Erfahrung: je weniger Zufahrtsmöglichkeiten, desto mehr Konkurse.

Renate Kaufmann, die ehemalige Bezirksvorsteherin von Mariahilf, hat sich bereits vor über zwanzig Jahren eine Fußgängerzone auf der Mariahilfer Straße erträumt. Sie berichtete von den immensen Schwierigkeiten, die es zu überwinden galt, um das umstritte-



Foto: Rosi Bachofner

Er hat kein Geld zum Einkaufen

ne Projekt endlich realisieren zu können. Dabei ortete die rote Politikerin einen nicht ganz nachvollziehbaren und recht persönlich empfundenen Stimmungsumschwung: „Während die Zustimmung der Geschäftsleute der Mariahilfer Straße von Monat zu Monat wuchs, blieb die

Wirtschaftskammer bis zuletzt bei ihrer ablehnenden Haltung. Heute ist es so wie bei allen Wiener Fußgängerzonen: Es gibt mehr und mehr begeisterte Benutzerinnen und Benutzer des neu gewonnenen Straßenraums. Wenn erst einmal ein paar Jahre ins Land gezogen sind, kann es durchaus sein, dass die erbittertsten Gegnerinnen und Gegner von einst plötzlich zu den Vätern und Müttern der Idee der erfolgreichen Fußgängerzone Mariahilfer Straße mutieren.“ Übrigens: dass die Zustimmung der Kaufleute angeblich von Monat zu Monat gewachsen sei, ist uns völlig neu.

Gerngross-Manager ist hochzufrieden

Die meisten ansässigen Betriebe verzeichnen seit dem Umbau einen empfindlichen, wenn nicht gar ruinösen Umsatzrückgang. Das ist erwiesen.

Dennoch haben offenbar nicht alle betroffenen Unternehmer ihre liebe Not mit dieser neuen FUZO. So etwa jubelte **Günther Meier**, Center Manager bei Gerngross, im Magazin der Wien-Werbung wie folgt: „Es ist ein einzigartiges Projekt und wir haben uns sehr gefreut, dass eine Umgestaltung möglich gemacht werden konnte. Wir sehen hier sehr viel Potenzial für die Zukunft. Die Erfahrung zeigt, dass Fußgängerzonen an guten Standplätzen starke Frequenzbringer sind. Mehr Menschen werden kommen und die Straße und das neue Einkaufserlebnis genießen wollen. Jene aus dem nahen Umfeld als auch Wien-Touristinnen und -touristen. Sie ist insofern eine schöne Ergänzung zum ersten Bezirk. Es hat sich die Aufenthaltsdauer erhöht, weil es mehr Ruhezonen und Schanigärten gibt. In Zukunft werden noch mehr Menschen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln kommen, weil sich auch die Verkehrssituation verändert hat ... In Bezug auf Parkplätze haben wir als Gerngross den großen Vorteil, ein Parkhaus mit rund 350 Stellplätzen anbieten zu können, welches direkt an das Kaufhaus angebunden ist ...“



Die **Wien-Werber der MA 18** stoßen selbstverständlich ins gleiche Horn: „Die Neugestaltung macht das Einkaufen in der Mariahilfer Straße zum Erlebnis. Die größte Einkaufsstraße Wiens bleibt durch die Umgestaltung konkurrenzfähig gegenüber den Einkaufszentren am Stadtrand und dem Online-Handel ... Die neue Mariahilfer Straße steht für eine moderne Stadt. Als Anziehungspunkt und Chance für Geschäftstreibende. Das Erscheinungsbild der Straße wirkt aufgeräumter. Infrastrukturen für die Bedürfnisse des heutigen Lebens werden bereitgestellt. WLAN ermöglicht freies Surfen...“

Die Medien waren geteilter Meinung

In den Medien des Landes war das Echo auf diese so volksnah inszenierte Eröffnung weit weniger berauschend. So glosierte **Der Standard** augenzwinkernd wie folgt: „Für Außenstehende ist eine in Wien beheimatete Mahü ein kaum übersetzbares Synonym für eine autofreie Begegnungszone im Herzen der Stadt, in der laut rot-grüner Stadtregierung Olivenbäume wachsen und Schafe weiden könnten und den ganzen Tag helles Kinderlachen in der Straßenmitte erklingt, während die Patchwork-Eltern irgendwo in einer Cupcake-Bude Smoothies, Latte oder Prozac kübeln. In der Realität aber

< So sieht es nun mit der Verkehrsberuhigung in den Nebenstraßen der Mahü aus: Stau ohne Ende

gehen die Leute nach ihrem Umbau zur Fuzo noch immer seitlich auf dem Gehsteig, weil sie auf der vermeintlich ehemaligen Fahrbahn nämlich sonst von wütenden Trotteln im Auto oder auf einem Vintage-Rennrad niedergemäht werden. Ein wenig fahren darf man nämlich auf der Mahü schon noch trotz Fahrverbots. Wir sind in Wien, und ein Nein bedeutet nicht einfach nein. Es ist eher eine Anregung, sich Gedanken darüber zu machen, dass die anderen Autofahrer in der Mahü, denen man tagtäglich auf wichtigen Fahrten nachfährt, schon ordentliche Koffer sind. Schließlich gibt es eine U-Bahn! Im Herbst wird man sich wegen des Fahrverbots, das keines ist, zur Rache an einer Denkmalswahl beteiligen und eine blau angemalten Hydranten zum Bürgermeister wählen ... Wir sehen, die in Wien Mahü genannte Mariahilfer Straße tut ein bisserl polarisieren. Nach gefühlt drei Jahren Bauzeit, 25 Millionen Euro Kosten, wöchentlich wechselnden Einbahnsystemen und jeder Menge Proteste, wurde sie jetzt eingeweiht. Na ja, ganz deppert ist sie eh nicht ..."

Ganz deppert sicher nicht, aber schon ein wenig belämmert.



Vassilakou wollte sich ein Denkmal setzen

Der **Kurier** brachte eine nüchterne Chronologie über den „steinigen Weg zur neuen Flaniermeile“ und sammelte dabei vor Ort recht unterschiedliche Leserstimmen ein:

„**Meine Meinung ist zweigeteilt,**“ erklärte Frau **Tanja Toth** von der Husel Confiserie. „Unser Geschäft profitiert natürlich, weil seit dem Umbau viel mehr Menschen, vor allem auch Touristen, vorbeikommen. Was mich stört, sind die vielen Spendensammler und Leute, die irgendwelche Umfragen machen. Von denen gibt es jetzt in der Fußgängerzone deutlich mehr.“

Anrainer **Michiru Ripplinger** hingegen ist mit der neuen Mahü sehr zufrieden: „Weil keine Autos mehr durchfahren, kann man sie viel besser als Einkaufsstraße nützen. Obwohl in der Fußgängerzone Radler durchfahren dürfen, läuft alles verhältnismäßig friedlich ab. Es ist halt ein Lernprozess für alle Verkehrsteilnehmer.“

Die Besucherin Gertraud Wieser ist

da wiederum ganz anderer Meinung: „Der Umbau war eine unnötige Verschwendung von Steuergeldern. Nach wie vor gehen die meisten Passanten am Straßenrand entlang der Schaufenster und nicht in der Mitte. Meine Tochter wohnt in der Burggasse, dort ist der Verkehr ein Wahnsinn geworden. Aber Maria Vassilakou wollte sich ein Denkmal setzen.“

„Scherben bringen Glück...!“

Eine vielleicht nicht ganz so wahrheitsgetreue Eloge auf die Eröffnung lieferte die Tageszeitung **Österreich** ab. Der Titel: „**Alle sind sich einig: Die neue Mahü ist super!**“ Man bejubelte die lockere Party mit Kletter-Action und Picknick. Zehntausende begeisterte Besucher hätten das bunte Programm beim großen Eröffnungsfest genossen, hieß es da. Es wurde keine einzige negative Meinung zitiert, nur euphorische Stimmen eingefangen. Erwartungsgemäß schwelgte auch die amtliche **Wiener Zeitung** in den höchsten Jubeltönen und titulierte die Neugestaltung als „**Vassilakous Meisterstück.**“ Mit dem Umbau der Mariahilfer Straße habe die grüne Vizebürgermeisterin zwar ihre Partei an den Rand des Abgrunds gebracht, stehe jedoch nun als strahlende Siegerin da.

„**Scherben bringen Glück!**“ So lautete der Titel einer Reportage über die Er-

öffnung der neuen Mahü in der **Kronenzeitung**. Den Spruch hatte Vassilakou ins Mikrofon gerufen, nachdem der



Der letzte Stein zerbrach beim Einsetzen - ein Omen?

letzte Pflasterstein bei der Verlegung zu Boden gefallen und zerbrochen war. Die Krone-Reporterin **Maida Dedacic** berichtete recht ausgewogen, freute sich über die Freiräume zum Flanieren, über die Sitzbänke,

über die Grünflächen, Gastgärten und neuen Shops, konstatierte aber auch „**10 Dinge, die uns nerven.**“ Etwa, dass die Fußgänger beim Eis-Essen von flitzenden Radfahrern gestört würden. Oder dass die (kaum vorhandenen) Parkplätze eine Zumutung seien. Das Einbahnsystem. Die fehlenden Querungen, die vielen Schmierereien und klebenden Kaugummis an Tischen und Bänken. Nicht zuletzt die finanziellen Sorgen der Betriebe.

Ungleich härter ging der Autor **Stephan Pestitschek** in der Zeitschrift **fakten** mit den rot-grünen Fuzo-Strategen ins Gericht. Unter dem Titel „**Wien ist anders!**“ kritisierte er die Stadtregierung als ganz argen Familienbetrieb und analysierte die machtpolitischen Zusammenhänge recht böse: „*Da schon bei den letzten Wahlen so manchem al-*

ten Sozi bewusst wurde, dass die SPÖ zur Ausländer und EU-Partei mutiert ist, gab es bereits herbe Verluste und man musste sich die grüne Chaostruppe ins Boot holen. Bürgermeister Michael (Mustafa) Häupl dachte, dass er einen klugen Schachzug macht, wenn er ihnen das Verkehrs- und Infrastruktur-Ressort überlässt.

Was dabei herausgekommen ist, ist bekannt. Millionen wurden in den Sand gesetzt. Beispiel Mariahilfer Straße. wo man eine Flaniermeile für Giftler, Bettler, Anarchos, Alkoholiker, Obdachlose und Verbrecher schafft. Wie in vielen anderen ehemaligen Wiener Geschäftsstraßen wird das Gewerbe, werden bekannte Firmen und viele Traditionsunternehmen systematisch vertrieben. Was bleibt, sind ein paar große Ketten, die es überall gibt, ein paar US-Restaurants, die den Charme von Bahnhofskantinen haben. Unsere Würstelstände wurden systematisch durch Kebabstände ersetzt, von der eingesessenen Gastronomie ist kaum noch was übrig geblieben. Parkraum wurde systematisch vernichtet, so dass viele Geschäfte ihre Kunden verloren haben. Ganze Straßenzüge – wie z. B. die Reinprechtsdorferstraße, die Schönbrunnerstraße, die Favoritenstraße, die Hernalser Hauptstraße, die Ottakringerstraße usw., die früher attraktive Einkaufsstraßen waren, sind verödet. Viele Geschäfte sind geschlossen, manche werden zu Integrationslokalen und Ausländerclubs umgebaut, andere zu Bordellen, aber sehr viele stehen leer und verkom-



men. Wer geht schon in ein Geschäft, bei dem er für das Parken zahlen muss? Die Preise in Lokalen sind dank ständiger Steuererhöhungen, Gebührenerhöhungen und Schikanen durch die Politik ohnehin hoch genug. Wer will sich dazu noch ein Parkpickerl kaufen?"

Wir Kaufleute meinen dazu nur, dass sich diese Frage weitgehend erübrigt. Weil es auf der neuen Mahü ja ohnehin kaum mehr Parkplätze gibt. Von ausreichenden Zufahrtsmöglichkeiten erst gar nicht zu reden.

Taxilenker klagen über Einbußen

Wiens Taxler können ein Lied davon singen. **Wolfgang Eberling**, Obmann vom „Taxiclub-Wien“, lässt kein gutes Haar an den Segnungen dieser neuen Mahü. „Wir haben durch den wahnwitzigen Umbau unserer Mariahilfer Straße rund um die Uhr viele Hunderte Fahrgäste verloren. Nebenbei müssen wir auch noch auf mindestens fünf Taxi-standplätze verzichten. Früher waren die Menschen, darunter auch viele Touristen, heilfroh, voll bepackt mit Einkäufen

ein Taxi zu bekommen. Und heute? Wer geht denn noch auf die Mahü einkaufen und schleppt seine Einkäufe dann mit der U-Bahn nach Hause? Nicht nur die Kaufleute, auch Ärzte und andere medizinische Einrichtungen (Labor, Röntgen usw.) leiden massiv unter diesem Schwachsinn, eine Bundesstraße in eine Begegnungszone umzubauen und wandern ab. Jetzt ist die Mariahilfer Straße zum Tummelplatz für Drogenkranke und Alkoholiker, für Dealer und Tachinierer geworden. Eine traurige, dramatische Entwicklung. Viele Taxler verweigern jetzt sogar die Zufahrt zur Mariahilfer Straße. Sie haben wenig Lust, für eine Fahrt dorthin, die nicht einmal zehn Euro ausmacht, eine Strafe von mindestens 38 Euro zu riskieren. Man darf ja nunmehr nur mit einer gültigen Genehmigung für den 6. und 7. Bezirk sein Fahrzeug abstellen.“

Auch von den Grünen ist Wolfgang Eberling enttäuscht: „Ich habe immer gedacht, dass sie für eine saubere Umwelt eintreten- und jetzt fördern sie eigentlich nur die Umweltverschmutzung, weil durch den Stau auf den kilometerweiten Umwegen rund um die Mahü eine unerträgliche Menge an Abgasen die Luft verpestet.“

Bleibt noch das Thema Rauchverbot, das dem Taxiclub-Obmann sauer aufstößt: „Nicht nur ein vernichtender

Schlag gegen die Gastronomie, auch für uns Taxler ist das Rauchverbot geschäftstörend. Es kommt nicht selten vor, dass ein Fahrgast, der im Taxi rauchen will, wieder aussteigt, weil der Taxler auf das bestehende Rauchverbot im Wagen hin-




Leere Kilometer im Taxi-Gewerbe

weist. Ja, weit ist es gekommen, dass wir nicht einmal mehr in unserem eigenen Fahrzeug bestimmen dürfen, ob geraucht werden darf oder nicht.“

Auffallend, dass die rot-grüne Politprominenz bei den Eröffnungsfeierlichkeiten ganz unter sich blieb. Vertreter der Oppositionsparteien hatte man offensichtlich gar nicht erst eingeladen. Dafür umso mehr Reporter und Kameraleute aller Schattierungen.

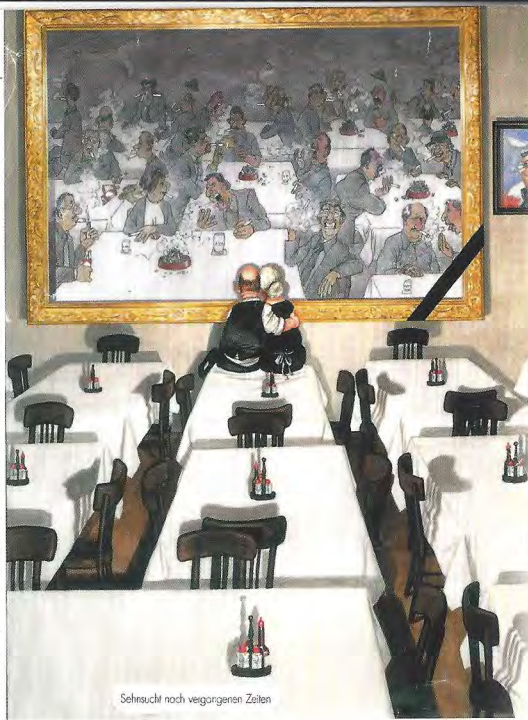
Von der Wiener ÖVP, von der FPÖ oder von den NEOS keine Spur. Deren Begeisterung für Maria Vassilakous Drang zur Selbstverwirklichung hat sich ja immer schon in engen Grenzen gehalten.

■ Sie versprechen uns das Blaue vom Himmel 

KANN MAN POLITIKERN NOCH GLAUBEN?

Es ist eine bittere Tatsache: Viele Politiker unseres Landes laborieren an einer lebensbedrohenden Seuche. Sie wurden vom akuten Vertrauensschwund heimgesucht. Was immer sie in letzter Zeit auch hoch und heilig versprochen haben - fast nichts ist in Erfüllung gegangen, vielmehr kam dann letztlich alles ganz anders. So sank die Glaubwürdigkeit der Mandatäre abgrundtief in den Keller.

Etwa beim leidigen Thema Rauchverbot. Da hatten vor der Kammerwahl 2015 noch alle Spitzenleute des ÖVP-Wirtschaftsbundes Stein und Bein geschworen, sich bedingungslos für die Wirte einzusetzen. Jeder Gastronom sollte selber bestimmen dürfen, ob er sein Lokal als Raucher- oder Nichtraucherlokal führen möchte. Oder ob er durch räumliche Trennung sowohl Raucher als auch Nichtraucher bewirten darf. Nach der Kammerwahl 2015 sah die Geschichte für die ÖVP-Kammerherren leider ganz anders aus. Nachdem sich in einer kaum repräsentativen Befragung eine knappe Mehrheit der Befragten angeblich für ein Rauchverbot ausgesprochen hatte, revidierte ÖVP-Wirtschaftsminister **Dr. Reinhold Mitterlehner** seine Parteilinie und ließ wissen: „**Ab Mai 2018 gibt es in ganz Österreich ausnahmslos nur mehr Nichtraucherlokale!**“



Somit war das viele Geld, das mancher Gastronom für den teuren Umbau seines Lokals investieren musste, um den gesetzlichen Vorschriften zu entsprechen, gewissermaßen beim Fenster hinausgeschmissen. Er hatte sich auf das Wort der Regierungspartei verlassen, nun ist er verlassen.

Freilich hat die Gesundheitsministerin **Dr. Sabine Oberhauser** (SPÖ) schon recht, wenn sie betont, das Rauchen könnte unserer Gesundheit schaden. Aber da gibt es viele Sachen, die auch nicht immer gesund und trotzdem nicht verboten sind: Autofahren, Alkohol, Fastfood-Essen, Bergsteigen, zu lange in der Sonne liegen, zuviele Süßigkeiten naschen, zuviel alkoholfreie Getränke wie Cola, Fanta oder Red Bull schlucken etcetera, etcetera.

Werden Sie das auch noch irgendeinmal alles verbieten lassen, verehrte Frau Gesundheitsministerin?

■ Unsere Anfrage an die Parteien lautete:

WARUM WIR GERADE SIE WÄHLEN SOLLEN!

Vor den Wiener Gemeinderatswahlen im heurigen Oktober haben wir an die Spitzenmandatäre der wahlwerbenden Parteien folgendes Schreiben geschickt:

Wien steht vor den wohl wichtigsten Kommunalwahlen der letzten Jahre. Denn der Ausgang dieser kommenden Wahl scheint völlig ungewiss. Die Stadtregierung sitzt nicht mehr allzu fest im Sattel, ein Führungswechsel und eine folgenschwere Wachablöse im sozialistisch dominierten Rathaus sind nicht mehr auszuschließen. Die Opposition rüttelt mit gutem Grund an der rot-grünen Koalition. Weil Wien vielleicht anders sein mag, aber auch längst keine Insel der Seligen mehr ist: Nie zuvor gab es so viele Arbeitslose in unserer Hauptstadt, nie zuvor war Wien so exorbitant verschuldet, nie das Zuwandererproblem so akut, nie die Verkehrssituation so ausweglos, nie die Lebensqualität durch die zahllosen Baustellen so beeinträchtigt.

Vom Bau-Wahn der Gemeinde können auch wir Kaufleute der Mariahilfer Straße ein Lied singen. Die Umgestaltung unserer Einkaufsstraße in eine vom Autoverkehr weitgehend abgeriegelte Flaniermeile hat in den letzten drei Jahren bereits viele ansässige Geschäftsleute zur Aufgabe gezwungen, oder in den Ruin getrieben. Vergeblich haben wir Kaufleute immer wieder auf die Schattenseiten und fatalen Folgen des gigantischen FUZO-Umbaus hingewiesen. Bei aller Kritik blieb unser Informationsblatt stets ein offenes Forum für jede freie Meinung. Das ist auch der Grund, warum sich unsere heutige Anfrage wie folgt mit gleichlautendem Wortlaut an die fünf wichtigsten Parteienvertreter Wiens richtet:

Warum wir gerade SIE wählen sollen!

Wir bitten Sie, unseren Lesern rechtzeitig Rede und Antwort zu stehen. Sie haben die Möglichkeit, uns je nach Belieben kurz und bündig, oder in aller Ausführlichkeit darzulegen, was wir uns erwarten dürfen, wenn wir Ihrer Partei die Stimme geben.

In der Hoffnung auf ein positives Echo
verbleibe ich mit freundlichen Grüßen
Kom.-Rat Walter Bachofner
Obmann Kaufleute der Mariahilferstraße

Die Antwort der ÖVP:

WIEN BRAUCHT EINEN KURSWECHSEL

Die letzten Jahre haben gezeigt, dass Rot-Grün es einfach nicht kann. Gemessen an den fundamentalen Eckdaten waren fünf Jahre rot-Grün fünf verlorene Jahre für Wien. Rekordarbeitslosigkeit, Rekordverschuldung und Minuswachstum – Wien hat leider an Wettbewerbsfähigkeit verloren.

Die Gemeinderatswahlen sind eine Richtungsentscheidung zwischen schriller, linker Eventpolitik und ökonomischer Vernunft. Sollen weiterhin zig Millionen Euro für grüne Prestigeprojekte verschwendet werden oder konzentrieren wir uns auf das, was alle Wienerinnen und Wiener bewegt: Arbeitsplätze, die ein Einkommen zum Auskommen garantieren?

Am 11. Oktober besteht die Möglichkeit für einen Neuanfang. Wien braucht einen Kurswechsel, braucht den bürgerlichen Hausverstand, braucht wieder wirtschaftspolitische Vernunft. Rot-Grün ist gescheitert, die Politik in dieser Stadt muss effizienter, professioneller und transparenter werden, dafür steht die ÖVP Wien.

Wien braucht eine neue Politik, die sich nicht nach links in Richtung Belastungen, Verbote und Machterhalt orientiert. Genauso wenig nach rechts, wo Angstmache und Populismus zu Hause sind. Wien braucht eine Politik, die unsere wachsende Stadt nach vorne bringt.



von Str. Mag. Manfred Juraczka,
Landesparteiobmann der ÖVP Wien

In der Wirtschaft, wo wir Unternehmen in Wien halten und neue dazugewinnen wollen statt Arbeitsplätze zu verspielen. **Daher fordern wir:** die Gebührenlawine stoppen, eine Verwaltungsreform, 25.000 neue Jobs durch Entlastung der Unternehmer schaffen.

Im Verkehr, wo wir für ein Miteinander aller Verkehrsteilnehmer eintreten statt die Autofahrer zu schikanieren, fordern wir: Effiziente Parkraumbewirtschaftung ohne Abzocke, Ausbau der Park&Ride Anlagen, U-Bahnen bis an die Stadtgrenze sowie ein intelligentes Baustellenmanagement für weniger Staus.

In der Bildung, wo wir Talente fördern wollen, statt unsere Kinder in eine Einheitsschule zu setzen, fordern wir verstärkte Frühförderung im Kindergarten, Aufwertung des Gymnasiums, Schulautonomie und Entpolitisierung bei Postenbestellungen.

Eine Stimme für die ÖVP Wien ist eine Stimme für eine Stadtpolitik mit Herz, Kompetenz und Hausverstand. Gehen Sie den Weg mit uns gemeinsam.

Eine weitere Antwort der ÖVP:

WIEN BRAUCHT DIE WIRTSCHAFT

von KO Dr. Gerhard Hammerer, Obmann der ÖVP Mariahilf

Die Fußgängerzone auf der Mariahilfer Straße hat also Gestalt angenommen. Alles paletti, wenn man die Kommentare in den Zeitungen liest? Leider nicht, weil viele Fragen noch immer offen sind. Über die Querungen – eine klare Forderung der Bevölkerung – wird überhaupt nicht mehr gesprochen. Nach wie vor sind Mariahilf und Neubau durch eine Mauer getrennt. Auch am „Einbahnzirkus“ hat sich nichts geändert. Jetzt wird der Verkehr teilweise durch (frühere) Wohngrätzeln geführt, nach wie vor ist die Erreichbarkeit von Betrieben für Kunden und Lieferanten ein Thema. Und wenn es sogar von Unternehmern Klagen gibt, dass für die Schanigärten auf der neuen Mariahilfer Straße nun weniger Platz zur Verfügung steht als früher, dann geht es in Richtung Pflanz. Abstimmen durften die Kaufleute bei der Befragung ja auch nicht.

Die Vorgänge sind symptomatisch, wie in Wien mit Wirtschaftstreibenden umgegangen wird. Während Wien laut Prognosen des Wirtschaftsforschungsinstitut heuer eine Arbeitslosenquote von 11(!) Prozent droht, darf die Bevölkerung darüber abstimmen, ob die Tafeln der neuen Linie U5 in rosa oder türkis erstrahlen. Die rotgrüne Stadregierung hat leider nicht erkannt, dass es Unternehmerinnen und Unternehmer braucht, um Arbeitsplätze in der Bun-



deshauptstadt zu schaffen und zu erhalten. Wien ist eine reiche Stadt. Wien ist aber auch eine teure Stadt, immerhin bezahlen wir Wiener die höchsten Landes- und Gemeindeabgaben. Laufend werden Gebühren erhöht (die U-Bahnsteuer wurde verdreifacht bzw. neue Abgaben erfunden (Parkpickerlausweiterung)

Wien denkt auch nicht unternehmerisch, sondern magistratisch. In keinem Bundesland ist die Bürokratie so überbordend, Wien hat die höchsten Verwaltungskosten pro Mitarbeiter. Kein Wunder, dass sich mehr und mehr Unternehmen mit dem Gedanken der Abwanderung tragen. Wir brauchen die Wirtschaft, wir brauchen erfolgreiche Betriebe in Wien – oder wie es Christoph Leitl einmal ausdrückte: „Die Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts.“

Die Antwort des FPÖ Spitzenkandidaten. :

AUS LIEBE ZU WIEN

NAbg. Heinz-Christian Strache, Bundesparteiohmann der FPÖ

Wien hat zweifelsohne eine bittere Zeit hinter sich. Die Rot-Grüne Koalition im Rathaus beweist täglich aufs Neue, dass sie für die wichtigsten Herausforderungen unserer Zeit keine Antworten hat. Kombiniert man diese politische Unfähigkeit mit der Bilanz der Rot-Grünen Stadtregierung seit den letzten Gemeinderatswahlen im Jahre 2010, ergibt sich ein erschreckendes Bild!

Die letzten fünf Jahre waren eine Zeit steigender Arbeitslosigkeit, steigender Verschuldung und steigender Gebühren für die Wiener Bevölkerung bei gleichzeitig sinkender Wettbewerbsfähigkeit und rückgängigen Wachstumswahlen für unsere Stadt. Eine Politik ohne Zukunft.

Die anstehenden Gemeinderatswahlen am 11. Oktober bieten uns eine echte Chance, die Machenschaften Häupls und seiner Clique durch eine friedliche Oktober „Revolution“ an den Wahlurnen gerecht zu bestrafen und einen freiheitlichen Bürgermeister zu wählen.

Was unsere Stadt dringend benötigt ist ein Umdenken. Eine neue Form, Politik zu betreiben. Meine Vorstellung eines guten Bürgermeisters ist es, sich unter die Menschen zu mischen, mit ihnen zu sprechen um ihre Sorgen und Nöte zu

verstehen. Reine Klientelpolitik zu betreiben und sich hinter einem großen Schreibtisch im Rathaus zu verstecken wie es Herr Häupl tut genügt einfach



nicht mehr! Nur wer weiß, welche Sorgen die Wienerinnen und Wiener haben, kann Politik in ihrem Sinne und im Sinne unserer Stadt machen. Und besonders weil wir dies schon seit Jahren so praktizieren, auf die Leute zugehen und, vor allem, zuhören, bin ich von der Richtigkeit unseres Wahlprogramms mehr als überzeugt! Bei den Wiener Unternehmen dürften besonders unsere Forderungen im Bereich der Wirtschaft auf Zustimmung stoßen.

Die FPÖ spricht sich aus:

- Gegen die Rot-Grüne Schuldenpolitik, die unsere Zukunft verspielt
- Für eine Förderung und Entlastung der Klein- und Mittelbetriebe und Bürokratieabbau
- Gegen die Registrierkassenpflicht und den Generalverdacht der Steuerhinterziehung
- Für die Wahlfreiheit der Konsumenten und Gastromomen beim Nichtrauchererschutz und gegen absolute Rauchverbote

SPÖ und Grüne haben durch ihre komplett verfehlte Sozialpolitik das Leben der Wienerinnen und Wiener unnötig beeinträchtigt. Sie haben Wien eine Rekordarbeitslosigkeit beschert, den sozialen Wohnbau vernachlässigt, Integration

mit falsch verstandener Toleranz verwechselt und die heimischen Arbeitnehmer schikaniert.

Nur die FPÖ garantiert:

- Bau von bis zu 15.000 Sozialwohnungen pro Jahr und Senkung der Betriebskosten
 - Gratis-Parkpickerl für alle Wiener Autofahrer und U-Bahn Ausbau bis an den Stadtrand
 - Gerechte Einkommen zu Auskommen
 - Sozialleistungen zuerst für österreichische Staatsbürger
- Wirtschafts- und Sozialpolitik gründen auf Sicherheit. Wir grenzen niemanden aus, erkennen aber im Missbrauch des Asylrechts und am Versagen bei der Kriminalitätsbekämpfung durch SPÖ und Grüne eine echte Bedrohung für unsere Wienerinnen und Wiener.

Die FPÖ bringt:

- Konsequentes Abschieben von Scheinasylanten
- Schnelle Asylverfahren statt bedingungsloser Geldleistungen
- Mindestens 1.500 Polizisten mehr und Aufbau einer eigenen U-Bahn-Polizei sowie einer Sicherheitswache
- Mehr Polizeipräsenz auf den Straßen und ein sektorales Bettelverbot

Am 11. Oktober müssen wir dafür sorgen, dass Wien weiterhin unsere Heimat bleibt. Ich will Bürgermeister werden, weil ich in dieser Position die zahlreichen Fehlentwicklungen korrigieren kann. Stimmen Sie für die FPÖ, aus Liebe zu Wien.

Die Antwort der FPÖ–Neubau:

VERKEHR VERDOPPELT– DANKE, HERR BEZIRKSVORSTEHER!

16 von FPÖ Bundesrätin Monika Mühlwerth

Der Grund für unsere Unzufriedenheit ist naheliegend. Das Übel spielt sich tagtäglich vor unserer Türe ab. Unser Bezirk Neubau ist zur Stau-, Abgas- und Lärmhölle geworden. Von der umweltschonenden Verkehrsberuhigung, die man uns versprochen hat, keine Spur. Im Gegenteil. Der Einbahnzirkus, den unser grüne Bezirksvorsteher und seine gleichgesinnte Drahtzieherin Maria Vassilakou veranstaltet haben, ist für die Anrainer im Bereich Schottenfeld-, Seiden-, Ziegler- und Lindengasse zur unerträglichen Belastung geworden.

Die Fahrtrichtungen zwischen Linden- und Seidengasse wurden so umgedreht, dass die Autos in Richtung Mariahilfer Straße jetzt 400 statt bisher 150 Meter fahren müssen. Auch eine aktuelle Verkehrszählung in der Seidengasse belegt nun die grüne Fehlplanung. Die Anzahl der Autofahrten von täglich 1.400 auf nunmehr 2.800 verdoppelt! Besonders problematisch: Durch diesen drastischen Anstieg des Verkehrs sind auch die Kinder der Volksschule Zieglergasse in Mitleidenschaft gezogen und gefährdet. Wir sehen das als eine vom puren Hass auf die Autofahrer getriebene Hanf-Idee der Grünen, bei der die



Bewohner auf der Strecke bleiben und fordern, dass diese unsinnige, kontraproduktive Einbahnregelung umgehend rückgängig gemacht wird.

Generell ist die derzeitige Verkehrspolitik in Neubau eine einzige Katastrophe: Die versprochene Mariahilfer Straßen-Querung Schottenfeldgasse-Webgasse ist tagsüber in Ermanglung einer Ampelregelung praktisch unpassierbar. In der Burggasse kommt es morgens und in der Neustiftgasse abends zu massiven Staus. Daran sind die Radler schuld, die so gerne die Busspur benutzen. Vorne zockelt ein Pedalritter dahin und hinter ihm schleicht der Bus. Um das abzustellen, wäre in beiden Straßen ein totales Radfahrverbot notwendig, zumal ohnedies eine bezeichnete Radroute über die Westbahnstraße, die Siebenstern- und die Breitengasse bis zum Volkstheater führt.

Die Antwort der NEOS:

WIR SETZEN AUF BILDUNG, TRANSPARENZ UND UNTERNEHMERTUM

von NEOS-Landessprecherin Beate Meinel-Reisinger



Ja – Wien braucht Veränderung. Aber ohne Strache! Der Frust über die alte Politik führte dazu, dass eine hetzerische Partei wie die Strache-FPÖ auf dem Vormarsch ist. Dabei wissen wir alle: Strache ist nicht die Lösung, sondern ein Teil des Problems. Er spaltet unsere Gesellschaft, verbreitet Angst und Hass gegen alles Fremde und will den Austritt aus der EU. Wir wollen eine Veränderung zum Guten.

Wir sagen der aufgeblähten Politik den Kampf an. Während die Arbeitslosigkeit und der Schuldenstand auf dem Rekordniveau sind, bläht sich das politische System immer weiter auf. Die höchste Parteienförderung Europas, ein millienschweres öffentliches Werbebudget und unzählige Versorgungsposten wollen wir nicht hinnehmen. Mit unserer Bürger/innenbewegung „Aufbegehren“ wollen wir 120 Millionen Euro pro Jahr

im politischen Apparat sparen. So hätten wir 1.000 Euro pro Pflichtschüler mehr zur Verfügung. Das wären dringend benötigte Mittel für mehr Lehrpersonal, einen Laptop für jedes Kind oder einen Schulsozialarbeiter an jeder Schule.

Wir fordern die Bildungswende, Freiraum für mündige Menschen und Unternehmer/innen, und wir wollen eine sichere Zukunft für unsere Stadt. Wir sind Menschen, die nicht länger zuschauen wollen und die den jahrzehntelangen Stillstand, die Reformverweigerung und Pfründeabsicherung in der Politik nicht mehr ertragen. Wir wollen und werden neu und frisch denken und nicht auf alten Wegen gefangen sein. NEOS steht für echte Erneuerung und Veränderung zum Besseren. Für das Wien der Zukunft setzen wir auf unsere Schwerpunkte Bildung, Transparenz und Unternehmertum...

Wir engagieren uns für Unternehmer/innen- Menschen, die mit Mut und Engagement selbstständig tätig werden, Arbeitsplätze schaffen und so zum Wohlstand Wiens beitragen. Die Politik schafft keine Arbeitsplätze, aber sie setzt die Rahmenbedingungen für die Wirtschaft und das Unternehmertum. Wir fordern ein Ende der Zwangsmitgliedschaften, weniger Bürokratie, mehr Investition in Forschung, Bildung und Infrastruktur. Unser Ziel: Mehr unternehmersiche Frei-

heit- und ökologisch nachhaltige Entwicklung. Start-up-Unternehmen sind uns ein besonderes Anliegen.

Wien als Unternehmensstandort verliert zunehmend an Attraktivität. Der Rückgang an Industrie- und Gewerbebetrieben wirkt sich negativ auf den Arbeitsmarkt in Wien aus. Vor einigen Jahren war Wien noch ein attraktiver Standort – auch als international bedeutender Unternehmenssitz – doch zunehmend verliert unsere Stadt an Boden und damit auch wichtige Auftraggeber für die lokalen kleinen Gewerbebetriebe und den Dienstleistungssektor. Die Abgabenquote und eine schwindende Planungssicherheit für Unternehmen aufgrund häufiger Änderungen der steuerlichen und sozialversicherungsrechtlichen Rahmenbedingungen belasten Wiens Wettbewerbsfähigkeit. Die überbordenden bürokratischen Hürden für Schlüssel-Arbeitskräfte aus dem Nicht-EU-Ausland machen es den Unternehmen zusätzlich unnötig schwer.

Wollen wir Wien zu einer wirtschaftlich und gesellschaftlich pulsierenden und innovativen Vorreiter-Stadt in der Region mitentwickeln, brauchen wir ein zukunftsfähiges Bildungswesen, Räume für Kreativität und Innovation, Austausch und Vernetzung zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren. Um Neues zu schaffen, müssen auch alte Strukturen weichen. Eine nachhaltige Standortbestimmung erfordert Erneuerung und Mut zur Veränderung.

Unternehmer/innen sollen selbst entscheiden dürfen, wann sie ihre Geschäfte

offen halten... Wir wollen eine generelle Freigabe der Öffnungszeiten für eigentümergeführte Geschäftslokale in Wien – und fördern damit vor allem die Wiener Klein- und Mittelbetriebe im Konkurrenzkampf gegen große Handelskonzerne, die sich mit Tankstellen-Shops und Filialen an Bahnhöfen und Flughäfen behelfen. Und wir sichern dadurch die Nahversorgung in den Wiener Grätzeln.

Wir wollen mehr von unseren Märkten und Schanigärten und fordern daher eine neue Marktordnung für erweiterte Öffnungszeiten... Auch die aktuelle Struktur und Koordination des Tourismusmanagements in Wien ist zu analysieren, zu bewerten und entsprechend neuer Zielsetzungen zu überarbeiten... Die wohl wichtigsten Maßnahmen müssen dem Abbau der Bürokratie gelten. Ebenso sollte eine Transparenzdatenbank eingeführt werden: Österreich ist ein Weltmeister im Verteilen von Förderungen und Subventionen quer durch alle Gebietskörperschaften...

Anmerkung: Aus Platznot konnten wir hier nur die wichtigsten Passagen der besonders ausführlichen NEOS-Antwort veröffentlichen.

► Wir haben natürlich auch **SPÖ** und **Grüne** per eingeschriebenem Brief samt frankiertem Rück-Kuvert gebeten, uns ihre Standpunkte darzulegen, warum gerade wir Kaufleute sie wählen sollten. Leider hielten diese es wohl nicht für nötig und so bekamen wir keine Antwort.

■ In eigener Sache EIN EHRLICHER FINDER

Am letzten Samstag im August fand der Chef vom Cafe Segafredo (vormals Cafe Ciro) Ersin S. eine Lederbrieftasche mit einem hohen Geldbetrag, einem Fremdenpass, einigen Ausweisen als anerkannter Asylant aus Afghanistan sowie einem Meldezettel.

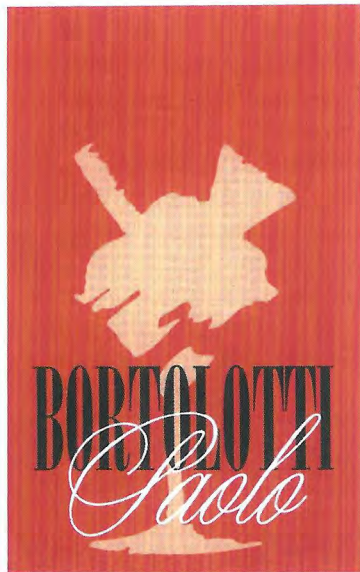
Ersin S., Mitglied unseres Vereins Kaufleute der Mariahilfer Straße, verständigte mich und bat mich um Rat, wo er den Fund abgeben sollte. Ich fuhr zu ihm nach Mariahilf und wir schauten uns das alles genau an, dann meinte ich: „Wenn wir die Brieftasche bei der Polizei abgeben, dann dauert das vielleicht lang, beim Fundamt ebenso. Fahren wir gleich selber nach Ottakring zur Adresse, die am Meldezettel steht.“ Gesagt, getan. In Ottakring angekommen, ging ich ins Haus und fragte nach Yussuf A. Der Afghane war leider nicht anwesend, und die Nachbarn konnten uns auch nicht weiterhelfen. Ich hinterließ meine Visitenkarte mit dem Hinweis, Herr Yussuf möge mich anrufen. Schon am nächsten Tag, Sonntag 30. August, kam der Anruf von Yussuf A. Wir trafen uns Tags darauf im „Segafredo“. Er kam mit Begleitung, war überglücklich, bedankte sich tausendfach in seinem gebrochenem Deutsch und wollte uns einen angemessenen Finderlohn abgeben.



Foto: Rost Bachofner

Das lehnten wir freilich dankend ab. Wir hatten genug Freude daran, jemandem helfen zu können. Und obwohl wir nicht gerade als linke Gutmenschen einzuordnen sind, hatten wir den einen Wunsch: Gott oder Allah oder wie das höchste Wesen im Himmel auch heißen mag, soll Yussuf in der Not weiterhin helfend zur Seite stehen.

KR. Walter Bachofner



3 x AUF DER
MARIAHILFERSTRASSE

GANZJÄHRIG GEÖFFNET

ALLE EISSORTEN WERDEN
AUS REINEN NATUR-
PRODUKTEN HERGESTELLT



MARIAHILFERSTRASSE 22
TEL. 523 75 63

MARIAHILFERSTRASSE 66
TEL. 890 39 28

MARIAHILFERSTRASSE 94
TEL. 523 75 63

■ Vom langsamen Tod der Gastronomie



OHNE RAUCH UND
BARRIEREN



Wie hieß es doch vor ein paar Jahren, als hierzulande die Diskussion über ein Rauchverbot in den Gaststätten ausbrach? „Wenn das Lokal zwei gleich große Räumlichkeiten hat, die von einander getrennt sind, darf in einem der Räume geraucht werden,“ beruhigte man die Raucher und die Wirte. Und viele Gastronomen bauten um viel Geld ihre Lokale um, damit Raucher und Nichtraucher in den Gaststuben getrennt ihre Mahlzeit oder ihren Kaffee genießen konnten, wie das Gesetz es befahl.

Doch dann kam wieder einmal alles ganz anders: Der Gesetzgeber entschied, dass jeder gastronomische Betrieb barrierefrei bis hin zur Toilette zugänglich sein müsse. Eine Forderung, die in vielen Lokalen wiederum mit hohen Umbaukosten verbunden war. Obendrein ließ die Regierung im heurigen Frühjahr nach dem Willen der EU- Bürokraten noch eine weitere Bombe platzen: Ab 2018 wird das Rauchen in

Gastlokalen generell verboten. Die teuren Umbauten waren also hinausgeschmissenes Geld.

Gallig kommentierte es „Die Presse“ vom 2. April 2015: „Diskriminierung. Bis 2016 müssen alle Lokale und Geschäfte behindertengerecht umgebaut werden. Die Stadt Wien lässt sich für ihre Gebäude länger Zeit- und setzt sich eine Frist bis 2042... Auch die Öffis der Stadt Wien haben eine sehr lange Übergangsfrist. Die Unternehmer in Wien sind alle gleich, nur die Betriebe und Gebäude der Stadt Wien sind anders, sie genehmigen sich Fristen, von denen die Gastronomie nur träumen kann.“

Die Argumente der Befürworter des totalen Rauchverbotes: Innerhalb der EU sei ja von den einzelnen Regierungen auch ein totales Rauchverbot durchgesetzt worden. Dass in den meisten EU-Staaten seither ein großes Gastro-Sterben eingesetzt hat, wird wohlweislich verschwiegen. In England

sperrten seit 2010 wöchentlich rund 25 Pubs zu, weil so viele Stammgäste ausblieben. In Irland eine ähnlich traurige Bilanz, und auch im sonnigen Italien sperrten Tausende kleine Betriebe wegen entsprechender Umsatzrückgänge zu.

Hysterie rund um das Passivrauchen

Begründet wurden die Rauchverbote in erster Linie mit „Gefahren des Passivrauchens.“ Dazu schrieb der Wiener Journalist und Nichtraucher **Klaus Flaißner** wie folgt:

„Schon vor Jahren gab ein Vorstand der ‚Ärzteinitiative‘ in einem Interview zu, dass diese Gefahren von den verantwortlichen Medizinern übertrieben dargestellt würden. Auch legt eine Reihe von Studien nahe, dass Passivrauchen allein kaum negative Auswirkungen hat. Hingegen berichten viele Raucher von Stimmungsschwankungen und Depressionen nach dem Aufhören. Parallel zu den Rauchverböten explodierte weltweit die Einnahme von Antidepressiva, die wiederum schwere Nebenwirkungen haben können. Die Vermutung liegt nahe, dass die Hysterie rund um das Passivrauchen vor den wahren Gefahren für die Gesundheit ablenken soll. Vielleicht vor genmanipulierten Lebensmitteln? Es ist unverantwortlich, in wirtschaftlichen Krisenzeiten mit fragwürdigen Begründungen tausende Jobs im Gastgewerbe zu gefährden.“

>Apropos gesunde Lebensmittel: Mit der



sogenannten Allergen-Verordnung lastete man der Gastronomie die nächste Verpflichtung auf. Alle zubereiteten Gerichte, die eine Allergie auslösen könnten, sind seither auf der Speisekarte als solche zu kennzeichnen, damit jeder Allergiker auch weiß, was er bestellen darf. Neue Speisekarten mussten gedruckt und das Personal spezifisch eingeschult werden, um jeder möglichen Allergie zum Wohle des Gastes beizukommen.

Die Registrierkasse klingelt..

Erhebliche Steuererhöhungen, der Papierkrieg mit allen möglichen Ämtern und Magistraten, steigende Personalkosten und hohe Mieten nagen an der Existenz vieler Wirte. Und wenn dennoch in der Gastronomie oder im Hotelgewerbe die Kassa klingelt, dann muss es selbstverständlich eine Registrierkasse sein. Diese ist verpflichtend, damit kein Zahlkellner mehr die ominöse Frage stellen darf: „Brauchen’s a Rechnung?“ Unser lieber Herr Finanzminister, der die Sektsteuer und die Mehrwertsteuer für den Konsumenten „kaum spürbar“ erhöht hat, will damit zusätzlich rund 900 Millionen Euro im nächsten Budget herauschinden, während die Hoteliersvereinigung (ÖHV) über eine „vernichtende Wettbewerbsverzerrung gegenüber dem benachbarten Ausland“ klagt. Dass man mit der Registrierkassen-Verpflichtung gleichzeitig eine ganze Branche als mehr oder weniger unredliche Schwarzgeld-Ritter diffamiert, ist nicht minder empörend.

■ Wohin die Förderungen fließen

DAS FÜLLHORN NACH LINKS GENEIGT

Nicht weniger als 344 Millionen Euro verteilen unsere Ministerien pro Jahr an mehr oder weniger hilfsbedürftig Organisationen und Vereine. Der Löwenanteil davon entfällt auf die Ressorts Verteidigung und Sport, dann erst folgen Wissenschaft und Kultur, während sich das Außenministerium mit läppischen 880.000 Euro an Fördergeldern begnügt.

Die Kanäle, in denen sich das Füllhorn des Staates entleert, sind keineswegs dunkel, aber eindeutig ideologisch gefärbt.



Meist rot oder rosarot. Von der Caritas, die mit dem Geld ja sinnvoll und segensreich umgeht, einmal ganz abgesehen.

Die ÖGB-Gewerkschaftsjugend kassiert in mehrfacher Förderung am meisten. Im Vorjahr allein 1,7 Millionen Euro aus dem Sozialministerium. Die Gewerkschaftsjugend brachte es dabei auf 15 einzeln geförderte Projekte. Nicht viel weniger kassierten die roten „Kinderfreunde“ Die „Muslimische Jugend Österreich“ (MJÖ) lukrierte dagegen nur sechsmal bis zu 26.000 Euro pro Projekt. Wie der Journalist

Werner Grotte recherchiert hat, stehen Migrantinnen im Förder-Karussell ja an vorderster Front. Und neben einer Handvoll Männerinitiativen ergießt sich der Förderwahnsinn über eine Unzahl weiblich-feministischer Organisationen wie etwa: Frauenhäuser, „EFEU“ (Verein zur Erarbeitung feministischer Erziehungs- und Unterrichtsmodelle), „POIKA“ (Verein zur Förderung von gendersensibler Arbeit in Erziehung und Unterricht), „ARANEA“ (Verein zur Förderung feministischer und transkultureller Mädchenarbeit, Frauen gegen sexuelle Ausbeutung von Mädchen, „Freiraum“- Verein zur Förderung selbstbestimmter Arbeits- und Lebensverhältnisse, et cetera, et cetera.

Allein das Frauenministerium lieferte im Vorjahr an 56 einschlägige Frauenservicestellen fast drei Millionen Euro an Förderungen ab. Weitere 1,34 Millionen gab es für 73 Beratungsstellen und eine österreichweite Online-Beratung, 580.000 Euro für sechs Notrufe, 212.000 Euro für vier Notwohnungen (für junge Frauen, die von Zwangsheirat bedroht waren), 121,400 für 15 Frauenhäuser und knapp 700.000 Euro für 66 andere frauen- und gleichstellungsspezifische Projekte.

HALLO TAXI?

Ende der Siebziger, wo viele begonnen hatten, als zweites Standbein Taxi zu fahren (viele davon fahren heute noch, sogar hauptberuflich), war die Welt noch einigermaßen in Ordnung (vor Allem auf der Mariahilferstraße).



Auch wir Taxler konnten uns noch zwischendurch längere Pausen leisten um evtl. Einkäufe zu tätigen.

Jedoch im Laufe der Jahre (sagen wir einmal, in den letzten 15 - 20 Jahren) wurde es immer schwieriger, ehrliches Geld zu verdienen.

Schon allein durch den jetzt wahnwitzigen Umbau unserer geliebten Mahü haben wir (in 24 Stunden gerechnet) 500-700 Fahrgäste verloren.

Nebenbei erwähnt, müssen wir zudem noch auf gut 5 Taxistandplätze verzichten.

Denn die Menschen, darunter auch Touristen, waren glücklich, vollbepackt mit Einkäufen ein Taxi zu bekommen.

Wer geht heute auf die Mahü einkaufen, und schleppt seine Einkäufe mit der U-Bahn nach Hause?

Auch Ärzte und andere med. Einrichtungen (Labor, Röntgen, usw.) leiden massiv unter diesem SCHWACHSINN, eine Bundesstraße zu einer Begegnungszone umzubauen und wandern ab.

Jetzt ist die Mariahilferstraße nichts anderes

mehr, als ein großer Spielplatz für Drogenkranke, Alkoholiker und Dealer, sowie für Tachinierer.

Viele Taxilenker verweigern sogar die Zufahrt zur Mariahilferstraße. Und das mit gutem Recht, denn wir Taxler haben keine Lust, für eine Fahrt dorthin, die nicht einmal €10,00 ausmacht, eine Strafe von mind. €36,00 zu riskieren. Man darf ja nunmehr nur mit einer gültigen Genehmigung für den 6. & 7. Bezirk sein Fahrzeug abstellen.

Auch wurde gemunkelt, dass das traditionelle GENERALI-CENTER seine Pforten mit Ende diesen Jahres schließt. Wen wundert's?

Und plötzlich kommt die Wirtschaftskammer auf die skurrile Idee, auch am Sonntag die Geschäfte für den Tourismus zu öffnen. Wie lustig - jetzt auf einmal?

Zum Glück haben die Geschäftsleute nicht geschlafen und sich lt. einer Umfrage für ein klares „NEIN“ (über 80%) ausgesprochen. Was soll man denn einem Alkoholiker oder Drogenspezialisten bzw. einem Tachinierer

(der ohnehin vom Staat versorgt wird) an Waren anbieten, um erfolgreich ein Geschäft zu führen.

Und somit ist mit dem Umbau, der natürlich jede Menge an Steuergeldern verschlungen hat, der Schuss nach hinten losgegangen. Viele der Geschäftsleute wandern ab.

Am Rande noch erwähnt, hatte ich immer gedacht, dass die GRÜNEN für eine saubere Umwelt eintreten. Genau genommen, haben sie sich zu Förderer der Umweltverschmutzung mit diktatorischem Touch (Verbote) entpuppt.

Auch wenn man jetzt noch auf der Mahü einkaufen will, muss man kilometerweite Umwege fahren, um sein Fahrzeug sicher abstellen zu können und dadurch jede Menge Abgase in die Luft schleudern.

Sowie, die wöchentlichen Demos von den Grünen mit Fahrrädern und Inline-Skatern, wo der übrige Verkehr länger angehalten werden muss, um diese zum Teil asozialen Elemente unserer Gesellschaft zu schützen.

Und jetzt kommt der Knüller für die Gastronomie, wo der Konsum von Tabakwaren, in Lokalen ab 2018 generell verboten wird.

Ja wer geht dann noch in ein Lokal, um zu entspannen, essen, Musik zu hören und einen Freund bei einem oder zwei Gläschen bzw. einem kühlen Bier zu treffen, wenn wir so penetrant in unserer Freiheit beschnitten werden?

In Griechenland möge es ja funktionieren, aber wir Wiener haben auch eine jahrzehnte lange eigene Tradition, die auch die österreichische Regierung zu respektieren hat, egal ob rot, schwarz, grün oder pink!

Evtl. wäre auch noch zu ergänzen, dass das Rauchverbot auch bei uns Taxilenkern zu

Umsatzeinbußen geführt hat.



Nur ein kleines, tatsächliches Beispiel: Schon vor einigen Monaten wollte ein Fahrgast nach St. Pölten chauffiert werden und während der Fahrt dorthin (sind ja doch ca. 40 Minuten Fahrt) 2, evtl. auch noch eine 3. Zigarette rauchen.

Der Taxilenker hielt sich natürlich an die gesetzl. Verordnung und bekam darauf hin, das Götz-Zitat zu hören und ergänzend dazu, dass er jetzt mit der Westbahn (Haselsteiner-Unternehmen) fahren würde, weil er eben in der Westbahn rauchen dürfe, schneller und billiger an sein Ziel käme.

Jetzt die Jackpot-Frage:

Wer bezahlt jetzt den entgangenen Fuhrlohn (ca. €120,00)?

Ich denke, die ReGIERung wird es nicht sein und die EU schon gar nicht.

Fakt ist, dass jeder Taxiunternehmer sein Fahrzeug selbst finanzieren muss und somit dessen EIGENTUM ist und schon noch ein eigenes Bestimmungsrecht darauf hat, wer wann und wieviel in seinem Auto geraucht wird.

Wenn ich einmal nicht mehr über mein eigenes Fahrzeug bestimmen kann, könnte man den Eindruck gewinnen, dass wir schon in einer Diktatur und nicht in einer Demokratie leben.

Bravo österreichische Bundesdiktatur!



W. Eberling
Obmann
Taxiclub-Wien

WAS UNS AM HERZEN LIEGT

von KR Walter Bachofner,
Spartensprecher Tourismus



Ja, es stimmt schon: diese Gemeinderatswahl am 11. Oktober ist zu einer historischen Denkmahlwahl geraten. Denn was die rotgrüne Wiener Stadtregierung in den letzten fünf Jahren alles angestellt oder versäumt hat, kann nicht so weitergehen. Nie zuvor war Wien so milliarden-schwer verschuldet, nie zuvor gab es so viele Arbeitslose, nie zuvor war die Steuerlast so erdrückend, nie die Verkehrspolitik in unserer Hauptstadt so ausweglos. Ein Machtwechsel im Rathaus, eine Wachab-löse im verfilzten Verwaltungsdschungel ist ebenso notwendig wie unabänderlich, daran führt kein Weg vorbei.

Keinem anderen Ressort wurde durch die Belastungen, Fehlplanungen und Unterlassungsünden so schwerer Schaden zugefügt wie unserer Wirtschaft, wobei es die kleinen und mittleren Betriebe (KUM) in der Gastronomie und im Fremdenverkehr besonders schwer getroffen hat. Freilich ist nicht nur die Rathausriege daran schuld, die Krise ist auch auf dem Mist der rotschwarzen Bundesregierung gewachsen. Was musste zum Beispiel das Gast-gewerbe nicht alles in Kauf nehmen: Sinnlose Umbauten, um jedes Lokal im Sinne des Nichtraucher-schutzes und behinder-terengerecht auszustatten. Übrigens hinaus-geschmissenes Geld, weil durch das totale Rauchverbot sämtliche Umbauten jetzt ohnedies zwecklos geworden sind. Die

massiven Steuererhöhungen, Sonderab-gaben, Allergenvorschriften und kostspielige Registrierkassa-Pflicht hat manchen Gas-tronom an den Rand der Verzweiflung oder gar in den Ruin getrieben. Die ÖVP, die angeblich als kompetente Wirtschafts-partei gilt, war nicht fähig, dem roten Ko-alitionspartner Einhalt zu gebieten.

Die wohl schlimmste Zwangsbe-glückung hatten wir Kaufleute der Mariahilfer Straße zu schlucken

Was sich in den letzten drei Jahren der Umgestaltung dort wirklich abgespielt hat, spottet jeder Beschreibung. Als Ob-mann kann ich ein Lied davon singen: Die Schnapsidee der ehrgeizigen Vizebürger-meisterin Maria Vassilakou, die wichtigste Einkaufsstraße der Stadt für den Verkehr weitgehend abzuriegeln und eine mittel-prächtige Flaniermeile zu installieren, ist trotz hochgejubelter Berichte und scham-loser Schönrederei für uns Kaufleute so-wie für die allermeisten Anrainer voll in die Hose gegangen. Die traurigen Fakten sprachen für sich. Nur wurden sie totge-schwiegen.

Deshalb sollten Sie am 11. Oktober die FPÖ ankreuzen. Wir bitten Sie um Ihre Stimme. Nur HC Strache ist derzeit stark genug, dem politischen Unvermögen in unserer geliebten Hauptstadt ein Ende zu setzen!

ZEIT ETWAS ZU ÄNDERN !

**HC STRACHE und sein Team:
Wien braucht eine wirtschaftsfreundliche Stadtregierung!**
Ohne Wirtschaft geht gar nichts.
„Freiheitliche Wirtschaft, Pro Mittelstand“, setzt sich für die Unternehmer ein.

REGISTRIERKASSENPFLICHT

Ab 01.01.2016 sind für ALLE UNTER-NEHMER Registrierkassen verpflichtend vorgeschrieben.

Die jetzige Bundesregierung erhofft und erwartet sich eine Mehreinnahme von 800-900 Millionen Euro pro Jahr. (Es ist wie der Wunsch von kleinen Kindern an das Christkind).

> Die Registrierkassenpflicht ist für alle Unternehmer ab Jänner 2016 Pflicht. Egal ob SIE als Unternehmer Mitarbeiter haben oder alleine sind oder mit Ihrer Ehefrau (Partnerin) oder Kind einen Betrieb, einen Marktstand oder als z.B. freiberuflicher Masseur Hausbesuche machen:

Nur wenn SIE als Marktfirant einen Marktstand irgendwo in Österreich z.B. am Wochenende irgendwo zugesprochen bekommen und dieser Marktstand keinen öffentlichen Stromanschluß hat, so kann IHNEN das Finanzamt nicht zumuten,

dass SIE sich ein „Flüsterstromaggregat“ für Ihren Marktstand kaufen. SIE können ihre Ware trotzdem an die Kunden verkaufen: SIE MÜSSEN jedoch ein Kassabuch (Bonbuch) mitführen, jeden Verkauf eintragen und am Abend dann in die neu angeschaffte Registrierkassa eintippen. Das gilt auch für Masseure und verschiedene andere Berufsgruppen, welche Hausbesuche machen. Sollten SIE noch keine Registrierkassa haben, so warten SIE noch zu, zumindest bis Ende Dezember 2015, denn die jetzigen Kassen sind zum Teil noch nicht geeignet, um dem Finanzamt ab 2017 „Freude“ zu bereiten.

WIR INFORMIEREN SIE GERNE

Sie erreichen uns:

FPÖ-pro Mittelstand

Tel.: 402 53 55

Fax: 402 53 55 49

Mail: office@fpoe-promittelstand.at

Wollen SIE, dass Ihre Ideen Gehör finden oder möchten Sie mitarbeiten, dann nehmen SIE bitte mit uns Kontakt auf.

KR Walter Bachofner

FPÖ-Landtagspräsident Johann Herzog:

SPÖ LÄUTET NÄCHSTE RUNDE - DER GEBÜHRENERHÖHUNGEN EIN

Die Entrümpelungen von Stiegenhäusern und Kellern in großen Gemeindebauten sollen nämlich schon bald von der MA48 durchgeführt werden. Der Sozialverein ARGE Wien, der diese bisher durchgeführt hat, wurde ausgetrieben. Briant für die Mieter: Die Kosten sollen durch diesen Wechsel um bis zu 100 Prozent in die Höhe geschlachtet werden. „Dass ausgerechnet die Wiener SPÖ, die ja immer vorgibt, für leistbares Wohnen zu kämpfen, schon vor der Wahl erneut an der Gebühren-Schraube dreht und damit die Wohnkosten einmal mehr erhöht, ist bemerkenswert“, erklärt **Wiens FPÖ-Landtagspräsident Johann Herzog**. Er verweist darauf, dass die Betriebskosten in Wohnhausanlagen der Stadt Wien mit 2,40 Euro pro Quadratmeter nicht nur im Bereich Gemeindewohnungen österreichweit Spitze sind, sondern dass Wiener Wohnen auch deutlich mehr kassiert als private Vermieter. Herzog: „Das Bekenntnis zu günstigem Wohnen ist also leicht als Lippenbekenntnis und reiner Wahlkampf-Schmäh der Häupl-SPÖ zu entlarven.“

Grüne wollen Senioren schlechter stellen als Asylwerber

Während Preise für die Öffi-Jahreskarten für Senioren gleich geblieben sind, will Vizebürgermeisterin Maria Vassilakou



Asylwerbern vergünstigte Öffi-Tickets zur Verfügung stellen. „Und das, obwohl die Lebenshaltungskosten durch den unsozialen Gebühren-Wucher gerade für die Senioren in grausame Höhen getrieben wurden“, ärgert sich **Wiens FPÖ-Landtagspräsident und Seniorensprecher Johann Herzog**.

Was ihn besonders empört: „Ausgerechnet zu einer Zeit, in der wir mit einer regelrechten Völkerwanderung unter dem Deckmantel Asyl konfrontiert sind, will Vassilakou auch noch jedem Zuwanderer als zusätzliches Willkommensgeschenk vergünstigte Öffi-Tickets anbieten.“ Und Herzog fragt die Grünen-Chefin: „Wenn das Geld für diese Maßnahme Ihrer Meinung nach vorhanden ist, wieso haben Sie es nicht längst eingesetzt, um die Senioren-Tickets zu vergünstigen? Zählt bei Ihnen tatsächlich jeder Fremde, der zu uns kommt, mehr als jene Menschen, die bei uns ihr Leben lang hart gearbeitet haben?“

FPÖ-Landespartei sekretär LAbg. Toni Mahdalik:

1.000 POLIZISTEN MEHR - „Bevor ich mich wundere, glaub ich's lieber nicht“

Na schau: Frei nach der halbblustigen Komödie „Plötzlich Prinzessin“ führt Michael Häupl in dem noch seichteren Stegreifstück „Plötzlich 1.000 Polizisten mehr“ Regie, die pünktlich vor der Wahl trotz oder gerade wegen der aufgelaassenen Wachzimmer auf unsere Straßen drängen sollen. „Ich hege den Verdacht, dass hier nicht nur Taschenspielertricks wie der personelle Vorgriff auf das nächste Jahr mit 380 Exekutivbeamten und kurzzeitige ‚Wahlkampf-Leihgaben‘ aus anderen Bundesländern sondern auch die auf über 400 aufgestockten Weißkappler zum fröhlichen Schnalzen der Wiener Autofahrer mitgezählt wurden“, meint **FPÖ-Landespartei sekretär LAbg. Toni Mahdalik** und schlägt den scheidenden Bürgermeister für die „Goldene Himbeere“ bzw. das „Leere Spritzweinglas“ für den schlechtesten Regisseur 2015 vor.

Verbot von Koran-Verteilaktionen auch für Wien - jetzt!

Auch heute verteilen Islamisten auf der Mariahilfer Straße wieder kostenlose Koran-Exemplare, um die Radikalisierung in unserer Stadt voranzutreiben. „Leider ist die Wiener SPÖ aus wahltaktischen Gründen nicht bereit, diesen Islamisten entgegenzutreten und nach dem Vorbild Wiener Neustadts ein Verbot dieser Aktionen zu



verhängen“, kritisiert **FPÖ-Landespartei sekretär LAbg. Toni Mahdalik**. Dort hat **FPÖ-Verkehrstadtrat Michael Schnedlitz** ein solches bekanntlich erfolgreich umgesetzt.

„Das zeigt einmal mehr, was Geistes Kinder die Genossen in Wien sind. Die nackte Angst, Wählerstimmen aus der radikal-muslimischen Community zu verlieren, lässt die roten Islamisten-Versteher seelenruhig zusehen, wie Wien seine Stellung als Zentrum zukünftiger Dschihadisten ausbaut“, ärgert sich Mahdalik. Neben einem sofortigen Verbot solcher Verteilaktionen fordert die FPÖ auch eine scharfe Kontrolle der Lehrmittel in muslimischen Schulen und Kindergärten, denn die Radikalisierung beginnt bereits bei den Kleinsten.

„Es ist jedenfalls höchste Zeit, dass die SPÖ in Wien endlich reagiert und nicht noch länger junge Menschen an an radikale Islamisten ausliefert“, hält Mahdalik abschließend fest.

Immer mehr leere Geschäfte und Ramschläden

WIENS BELIEBTE EINKAUFSMEILEN VERÖDEN

Nicht nur in unserer Mariahilfer Straße stehen die Zeichen auf Veränderung. Auch viele andere wichtige Einkaufsstraßen Wiens sind derzeit im Wandel begriffen. Sie verlieren ihre Struktur, ihren Charakter, ihre Qualität und damit auch ihre solide Stammkundschaft. Viele einst noble Fachgeschäfte stehen leer und sind zum Verkauf ausgeschrieben. Oder sie sind bereits von Billigläden abgelöst worden. Billig in jeder Hinsicht, von der äußeren Fassade bis zum Ramsch, der hier zu Diskontpreisen verschleudert wird. Nun würde ja so ein preiswertes Warenangebot die Kunden nicht abschrecken, könnten sie ihre Einkaufstour wie gewohnt mit dem Auto erledigen. Leider gibt es auf den bevorzugten Geschäftsstraßen so wenig Parkplätze, dass die motorisierte Kundschaft lieber in die Supermärkte und Einkaufszentren am Rande der Großstadt ausweicht. Der folgenschwere Imageverlust ist in fast allen wichtigen Geschäftsstraßen Wiens offenkundig. Auf der Landstraßer Hauptstraße, auf der Meidlinger Hauptstraße, auf der Favoritenstraße, auf der Thaliastraße. Nur in der Reindorfgrasse sahen wir viele neue, kleine Geschäfte, die erfreulicherweise der allgemeinen Verödung trotzen.

Lokalausgang auf der Favoritenstraße

Was aus der zweitältesten Shoppingmeile Wiens, der Favoritenstraße, in den letzten Jahren geworden ist, war kürzlich in einer Kurier-Reportage nachzulesen. Hier einige Auszüge: „Bunte Abverkaufsschilder so weit das Augereicht. Sie versprechen

Nachlässe bis zu 70 Prozent. Ein Billigläden nach dem anderen- nur unterbrochen von verwahrlosten Schaufenstern und gespenstisch verwaisten Geschäften. Die Favoritenstraße bietet ein trauriges Bild. Einzelne Kunden schlendern vorbei- kein reges Treiben, schon gar kein Ansturm... Massiv ragt das Modehaus Tlapa an der Ecke der Einkaufsstraße in den Himmel. Hier kleidete sich das Favoritner Bürgertum früher für Bälle, Hochzeiten oder die Erstkommunion ein. Lange wird man den Schriftzug nicht mehr lesen können: Das 1873 gegründete Familienunternehmen wird seinen Standort im Jänner 2016 endgültig schließen...“

„Oh, Maria hilf!“

Unter dem Titel „Oh, Maria hilf!“ kommentierte der Wirtschaftsexperte **Hermann Sileitsch-Parzer** diesen Bericht wie folgt: „Einkaufsstraßen sterben einen langsamen Tod. Der Verfall zeichnet sich lange ab, bevor die Auslagenscheiben zugeklebt sind. Als Erstes sind internationale Handelsmarken weg: Ist die Kundenfrequenz zu gering, ziehen sie ab- bevorzugt in gutgehende Einkaufszentren... Als Nächstes siedeln sich Diskonter an. Wenn sich erst einmal Ein-Euro-Shops, Ramschläden oder Wettbüros breitgemacht haben, ist der Niedergang kaum noch zu stoppen. Das Phänomen ist leider bei Shoppingmeilen in ganz Österreich zu beobachten. Und was tut die Stadt Wien? Sie pumpt –zig Millionen Euro in die einzige Straße, die sicher keine Hilfe nötig hat- die Mariahilfer Straße...“



ES GEHT UM IHR GELD ... UND IHRE DATEN !

Die Presse:

„Schummelei bei Flugreisen“

Kurier:

„Besserverdienernuden wird mehr berechnet“

Krone:

„Flugtickets: Preisgestaltung ist oft im dichten Nebel versteckt“

Heute:

„Airlines tricksen weiter bei den Preisen“

Diese am 18.09.2015 erschienen Artikel in den Tageszeitungen beruhten allesamt auf einer Pressekonferenz: **Prof.-Komm.-Rat Joseph REITINGER-LASKA** (Rechtsverein VFSW) und **Vizepräsident Jochen SZECH** (ASR-Deutschland), die eine Klage gegen die Lufthansa-Gruppe, vertreten in Österreich durch die ehemalige nationale AUSTRIAN AIRLINES, vorstellten.

Eine überfallsartige eingeführte zusätzliche Ticketgebühr von 16.-Euro löste weltweit in der Branche Unbehagen aus.

VFSW und ASR führen nun in Österreich einen Musterprozess und haben zusätzliche Nachteile für die Flugpassagiere aufgedeckt:

Die Lufthansa-Gruppe (60% Marktanteil in Österreich) hat seit 01.09.2015 den Inhalt seines Reservierungs Online-System drastisch eingeschränkt und lässt Konsumenten in vielen Fällen teurere Flugpreise

als die Konkurrenz anbietet, fix einbuchten.

Reisebüros sehen sich seit vielen Jahren als Makler und vor allem als Anwälte ihrer Kunden und bieten traditionell das gesamte Spektrum der Flugangebote an.

Lufthansa entwickelt das System „Dynamic Pricing“ das auf persönliche Kundendaten beruht. Was mit illegal erworbenen Informationsdaten geschieht erleben viele Österreicher seit Jahren. Unerwünschte Anrufer mit familiären Detailwissen plagen uns bereits, wir brauchen daher nicht auch noch Fluglinien die das tun.

Die EU hat versucht, vielen dieser Fehlentwicklungen entgegen zu wirken. VFSW und ASR stützen sich auf EU-Recht.

Praktisch alle Medien interessieren sich für dieses spannende Verfahren. Auch AK, Wirtschaftskammer, VKI und vor allem Datenschützer beginnen zu unterstützen.

Wir werden unsere Leser über den Fortgang der Initiative von VFSW und ASR auch weiterhin informieren. Leserbriefe zu diesem aktuellen Thema wären uns willkommen.

Prof.-Komm.-Rat
Joseph Reitingler-Laska

FPO
DIE SOZIALE HEIMATPARTEI



Aus LIEBE zu WIEN

tauschen wir Häupl
gegen HC Strache

Bezahlte Anzeige

www.FPOE-WIEN.at



Impressum:

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Verein der Kaufleute der Mariahilferstraße / KR Walter Bachofner, Heißgasse 17, 1230 Wien